

# Einwohnerrat Pratteln

## Protokoll Nr. 349

Einwohnerratssitzung vom Montag, 24. Oktober 2005, 19.00 Uhr, in der Aula Fröschmatt II

---

Anwesend	37 Einwohnerrats-Mitglieder 7 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Olga Aeberhard, Urs Baumann, Priska Forter
Vorsitz	Werner Graber
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Ermira Amiti

---

### Geschäftsverzeichnis

- |    |   |      |
|----|---|------|
| 1. | Ersatzwahl in den Kreismusikschulrat: Anita Schöpfer (Unabhängige / Grüne) anstelle von Jörg Rickenbacher (SP), <i>ohne Akten</i> | 2393 |
| 2. | Reglement über die Gross-Gemeinschafts-Antennenanlage (GGA Reglement) – Änderung von § 3, 2. Lesung                               | 2384 |
| 3. | Interpellation von Eva Keller-Gachnang betr. „Veloabstellplätze beim Bahnhof Pratteln“  | 2386 |
| 4. | Interpellation von Daniela Berger-Künzli betr. „Bushaltstelle „Lindli“ Oberemattstrasse“  | 2387 |
| 5. | Motion von Werner Graber betr. „Tageskarte Gemeinde (Gemeinde GA)“  | 2388 |
| 6. | Interpellation der FDP-Fraktion betr. „Einsprachen des VCS gegen ERB Quartierpläne IKEA, Media-Markt und Gewerbeareal Grüssen“    | 2390 |
| 7. | Fragestunde (nach der Pause)  |      |
- 

### Mitteilungen:

- Einwohnerrat H. Schiltknecht hat gegen den Beschluss 3 d) des Einwohnerrates vom 29.8.2005 betr. Vorfinanzierung von Erschliessungskosten durch die Firma Möbel Pfister AG im Gebiet Grüssen Beschwerde erhoben.
  - Die Einwohnerratssitzung vom 28. November 2005 findet in der Aula/Turnhalle des Schulhauses Längi statt
-

## Beschlüsse

### **Geschäft Nr. 2393**

### **Ersatzwahl in den Kreismusikschulrat: Anita Schöpfer (Unabhängige / Grüne) anstelle von Jörg Rickenbacher (SP)**

In stiller Wahl wird in den Kreismusikschulrat für den Rest der Amtsperiode gewählt:

://: **Anita Schöpfer (Unabhängige/Grüne)**

### **Geschäft Nr. 2384**

### **Reglement über die Gross-Gemeinschafts-Antennenanlage (GGA Reglement) – Änderung von § 3, 2. Lesung**

#### Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 16. August 2005
- Protokoll Nr. 348 vom 26. September 2005

**GR Ruedi Handschin:** Es geht um die beiden Formulierungen „*Vergabe an Dritte*“ oder „*Vergabe an Spezialfirmen oder begründete Kommission*“. Der Gemeinderat ist zur Überzeugung gelangt, dass die Formulierung an Dritte besser ist und hält an der Originalfassung fest. Nach gründlicher Hinterfragung der Formulierung „*Vergabe an Spezialfirmen oder begründete Kommission*“ kommt man zum Schluss, dass die Aufzählung nicht abschliessend ist. Die Aufzählung ist zwar gut, aber eben nicht zu Ende gedacht. Nach Rückfrage beim Ingenieurbüro Flarcom gebe ich Ihnen das Beispiel von Birsfelden. Dort ging es um die Verteilerzentrale von Birsfelden und der Auftrag ging ganz klar an die Einwohnergemeinde von Birsfelden. Die EWG kann man weder einer Spezialfirma noch einer Kommission zuordnen. Es gibt noch weitere Beispiele. Aus diesem Grund bitte ich Sie, die Formulierung des Gemeinderates „*Vergabe an Dritte*“ zu beschliessen. Grössere Anschaffungen werden immer via das Budget beschlossen. Der Gemeinderat ist in der Kommission und wird dort die Interessen von Pratteln vertreten. Hier wird ein Haar in der Suppe gesucht, wo es gar keines gibt.

**Christine von Arx:** Wir halten an unserem Antrag fest. Die Antworten sind nicht ganz nachvollziehbar und es geht nicht um das Haar in der Suppe oder auch nicht um Misstrauen. Es geht hier um die Delegationskompetenz. Wenn man in Zukunft andere Gemeinden einlädt im Rahmen eines Vertrages die GGA zu betreiben, dann soll die aus den Vertragsgemeinden bestehende Kommission die Aufträge weitergeben können. Die sollen entscheiden können. Das auch im Interesse von zukünftigen Vertragsgemeinden. Damit haben wir eine saubere Rechtsgrundlage. Das hat nichts mit Misstrauen zu tun, sondern mit der Praktikabilität von öffentlich-rechtlichen Verträgen.

**Dieter Stohler:** Wir bevorzugen die Gemeinderatsfassung. Sie ist offener und flexibler. Mit der Variante der SP kann man auch leben. Das Problem liegt darin, dass der Gemeinderat bei der Kompetenzdelegation an Dritte die Auswahl und Überwachung dieser „Dritte“ sorgfältig tun muss. Ganz wichtig dabei ist, dass er die Kompetenz jederzeit entziehen kann. In Ziffer 3.1 des Vertrags steht, dass eine Koordinationskommission von je 3 Vertretern gebildet wird und Pratteln mit 50 Prozent beteiligt ist. Beide Delegationen müssen jeweils zustimmen. Damit hat der Gemeinderat, zwar indi-

rekt, das Ganze in der Hand. Diese Regelung scheint mir wichtiger zu sein als die Formulierung in Paragraf 3. Die Begründung des Gemeinderats ist stichhaltig und wir schliessen uns dieser Fassung an.

**Erich Weisskopf:** Die SVP-Fraktion ist einstimmig für die Fassung des Gemeinderates, hätten aber gerne eine Stellungnahme des Gemeinderates erwartet.

**Petra Ramseier:** Die Fraktion Unabhängige/Grüne unterstützt den Antrag der SP. Wir möchten den Rahmen nicht öffnen, aber die Möglichkeit geben, die Vergabe von Arbeiten an weitere Kommissionen und Spezialfirmen zu ermöglichen. Ich hätte von Ruedi Handschin erwartet, dass er die von ihm erwähnte unvollständige Aufzählung mit einem besseren Vorschlag ergänzt hätte.

**GR Ruedi Handschin:** Der Begriff „Spezialfirmen“ ist noch weiter gefasst als alles andere.

#### Abstimmung

Antrag der SP-Fraktion:

*Bau, Betrieb und Verwaltung der Grossantennenanlage sind Sache der Gemeinde. Der Gemeinderat kann die Vergabe von Arbeiten an Spezialfirmen oder eine vertraglich begründete Kommission übertragen.*

Antrag des Gemeinderates:

*Bau, Betrieb und Verwaltung der Grossantennenanlage sind Sache der Gemeinde. Der Gemeinderat kann die Vergabe von Arbeiten an Dritte übertragen.*

://: Auf den Antrag der SP-Fraktion entfallen 17 Stimmen, auf den Antrag des Gemeinderates entfallen 20 Stimmen.

#### Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen vereinzelte Stimmen:

://: Paragraf 3 lautet neu wie folgt: „Arbeitsausführung: Bau, Betrieb und Verwaltung der Grossantennenanlage sind Sache der Gemeinde. Der Gemeinderat kann die Vergabe von Arbeiten an Dritte übertragen.“

## **Geschäft Nr. 2386**

## **Interpellation von Eva Keller-Gachnang betr. „Veloabstellplätze beim Bahnhof Pratteln“**

#### Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2386 vom 22. August 2005

**GR Felix Knöpfel:** Zur Frage 1: Die Veloplätze sind wieder hergerichtet. Frage 2: Auch die Veloboxen sind wieder zurückversetzt worden. Frage 3: Die Veloabstellplätze neben der Bushaltestelle sind zum Teil überdacht. Diejenigen Richtung Veloboxen allerdings noch nicht. Frage 4: Ich verweise auf die Beantwortung von Frage 3. Frage 5: Die SBB hat wie üblich rund 60 Abstellplätze eingerichtet. Für die restlichen Plätze ist die Abteilung Bau der Gemeinde Pratteln zuständig und verantwortlich. Die

endgültige Planung soll im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Bahnhofplatzes erfolgen. Es macht keinen Sinn, jetzt schon eigene Planungen anzustellen und beim Ausbau des Bahnhofplatzes müssen wir wieder Änderungen machen. Frage 6: Beat Meier vom Werkhof wird versuchen, vorige, nicht mehr benötigte Velorechen zu montieren. Wegen Ferienabwesenheit konnte ich ihn diesbezüglich noch nicht erreichen. Zur Erläuterung möchte ich Ihnen noch einige Zahlen nennen: Die Anzahl Veloabstellplätze beträgt total 226. Davon sind 130 überdacht. Dazu kommen noch 16 Veloboxen. 22 Abstellplätze und 2 Veloboxen befinden sich auf der Nordseite.

://: Mit grossem Mehr wird Diskussion beschlossen.

**Eva Keller:** Ich danke GR Felix Knöpfel für die Ausführungen. Ich hoffe, dass bei der Bahnhofplatzgestaltung das Provisorium durch neue Velounterstände ersetzt wird. Jetzt sieht es ein wenig traurig aus und ich bin nach wie vor der Meinung, dass zu wenige Plätze zur Verfügung stehen. Bei der neuen Bahnhofplatzgestaltung könnte man die Veloboxen neu platzieren und schöne Velounterstände einrichten. Das hätte auch eine Beruhigung zur Folge, weil doch die Veloboxen oft verstellt sind.

**Christine von Arx:** Bis wann wird der Bahnhofplatz realistisch neu gestaltet sein?

**GR Felix Knöpfel:** Der Gestaltungswettbewerb hat stattgefunden und der Sieger ist erkoren worden. Ich denke, dass, wenn alles gut geht, im Jahre 2007 begonnen werden kann.

**GR Rolf Wehrli:** Die Gebäude des ehemaligen Tante Schuggi hätten im Februar abgerissen werden sollen. Wir hoffen aber, dass es im Jahre 2007 vorwärts geht.

## Geschäft Nr. 2387

## Interpellation von Daniela Berger-Künzli betr. „Bushaltstelle „Lindli“ Oberemattstrasse“

### Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2387 vom 25. August 2005

**GR Felix Knöpfel:** Wir haben die Fragen bei folgenden zuständigen Institutionen abgeklärt: Amt für Raumplanung/Abteilung öffentlicher Verkehr, Autobus AG Liestal und bei den Abteilungen Öffentliche Sicherheit und BKS. Zur Frage 1: Die Bushaltstelle ist kein Provisorium. Sie ist seit Dezember 2004 im Fahrplan und wird sicher dort bleiben. Die Leute, die reklamiert haben sind mittlerweile zufrieden und viele Leute haben nicht mehr so weit, um den Bus zu besteigen. Auch die Schüler sind zufrieden, weil sie nicht mehr im Schloss oder Gehrenacker einsteigen müssen. Die Beantwortung von Frage 2 erübrigt sich. Zur Frage 3: Laut den angefragten Stellen genügt die Haltestelle der Sicherheit. Wir haben die gleiche Situation bei den Buslinien 70 und 80 an der Krummeneichstrasse (Interio und CC). Das ist heute modern und trägt zur Beruhigung des Verkehrs bei. Wir werden eine weitere Haltestelle definitiv an der Oberemattstrasse einrichten und die Linienführung ändern. Dies hat der Gemeinderat so beschlossen. Die nötigen Informationen werden folgen. Es sind gewisse Vorbehalte aufgetaucht, was die Disziplin der Schüler betrifft. Es ist bekannt, dass die Schüler „zappelig“ und nicht so diszipliniert sind, wie wir das gerne hätten. Wir hatten auch schon den Fall, wo der Buschauffeur unterwegs angehalten hat und die Schüler hinausgewiesen hat. Sie mussten den Weg zu Fuss weitergehen. Probleme ergeben sich nicht nur an der Haltestelle sondern auch im Bus selber. Die Gemeinde hat keine

Patentlösung. Es ist auch nicht vorgesehen, das Tempo zu reduzieren, weil es sich hier um eine Durchgangsstrasse handelt. Die Buschauffeure sind angewiesen, an den beiden Haupteinsteigezeiten am Morgen und Nachmittag mit der gebotenen Vorsicht an die Haltestelle zu fahren. Früher bestand das Problem im Gehrenacker. Wir haben dort aber nicht so viel Verkehr. Der Gemeinderat hat aber kein Patentrezept für die Situation an der jetzigen Haltestelle. In diesem Sinn muss ich Daniela Berger enttäuschen.

**Daniela Berger** ist mit der Antwort zufrieden und wird sich wieder melden.

## **Geschäft Nr. 2388**

## **Motion von Werner Graber betr. „Tageskarte Gemeinde (Gemeinde GA)“**

### Aktenhinweis:

- Motion Nr. 2388 vom 29. August 2005

**GR Max Hippenmeyer:** Der Gemeinderat steht diesem Begehren positiv gegenüber. Mit minimalem Aufwand kann hier ein Angebot mit grossem Nutzen für die Bevölkerung geschaffen werden. Die Erfahrungen von Gemeinden, welche das Abo anbieten haben gezeigt, dass diese Dienstleistung sehr geschätzt und breit genutzt wird. Ich verweise auf den Artikel in der BAZ vom 6. Oktober über die Gemeinde Bubendorf. Der Gemeinderat ist gerne bereit, einen entsprechenden Versuch zu machen. Damit das bald und unkompliziert geschehen kann bitte ich den Motionär, den Vorstoss in ein Budgetpostulat umzuwandeln. Wenn der Einwohnerrat zustimmt, kann das Gemeinde-GA bereits ab 1. Januar 2006 eingeführt werden. Das GA soll selbsttragend sein. Aus diesem Grund und um Erfahrungen zu sammeln, sollte der Preis bei CHF 35.— liegen. Das ist ein sehr attraktives Angebot, wenn man bedenkt, dass eine Tageskarte mit Halbtax-Abo CHF 56.— kostet. Wenn sich herausstellt, dass das Angebot ein Knüller ist, dann kann man den Verkaufspreis überdenken und oder weitere GA's anschaffen. Mit einfach umsetzbaren Richtlinien soll sichergestellt werden, dass möglichst viele Einwohnerrinnen und Einwohner von diesem Angebot profitieren können. Ich bitte Sie, dem Vorstoss zu zustimmen.

**Werner Graber** zieht seine Motion zu Gunsten eines Budgetpostulats zurück.

## **Geschäft Nr. 2390**

## **Interpellation der FDP-Fraktion betr. „Einsprachen des VCS gegen ERB Quartierpläne IKEA, Media-Markt und Gewerbeareal Grüssen“**

### Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2390 vom 22. September 2005

**GR Rolf Wehrli:** Wenn ich so auf die Uhr schaue, habe ich noch nie zweieinhalb Stunden Zeit gehabt, um eine Interpellation zu beantworten (*Gelächter*).

Zu Frage 1: Nach dem Beschluss des Einwohnerrates erfolgt die öffentliche Auflage. Gemäss § 31 des kantonalen Raumplanungs- und Baugesetzes sind während der 30-

tägigen Auflagefrist Einsprachen möglich. Innert drei Monaten nach Ablauf der Einsprachefrist führt die Gemeinde das Verständigungsverfahren durch (§ 32 RBG). Der Regierungsrat entscheidet innert drei Monaten ab Eingang des Antrages der Gemeinde über unerledigte Einsprachen (§ 32 RBG). Der Entscheid des Regierungsrates kann mittels Beschwerde beim Kantonsgericht und der Entscheid des Kantonsgerichtes kann mittels Beschwerde beim Bundesgericht angefochten werden.

Zu Frage 2: Die Fristen bis zum Entscheid des Regierungsrates sind gemäss Antwort zu Frage 1. Falls ein Entscheid des Regierungsrates beim Kantonsgericht angefochten wird und dessen Entscheid wiederum beim Bundesgericht, ist die Dauer von der Belastung der jeweiligen Gerichte abhängig. Die Verfahrensdauer ab Entscheid des Regierungsrates bis zu einem Entscheid des Bundesgerichtes könnte bis cirka Ende 2007 liegen.

Zu Frage 3: Für die Gemeindeverwaltung fällt der Stundenaufwand an plus die Kosten für einen allfällig beizuziehenden externen Anwalt, falls dies notwendig ist. Diverse Stellungnahmen und Verhandlungen, abhängig vom Umfang und der Komplexität der Einsprachen und Beschwerden. Die Grobschätzung für alle drei Quartierpläne bis Bundesgericht liegt bei cirka CHF 50'000.--. Diese Kosten sind geschätzt und werden selbstverständlich vom Steuerzahler bezahlt.

Zu Frage 4: Die drei Quartierpläne wurden für die gesetzlich durchzuführende Mitwirkung während 30 Tagen öffentlich aufgelegt. Dann kann jeder dazu Stellung beziehen. Bei allen drei Quartierplänen wurden keine Stellungnahmen eingereicht. Weder vom VCS noch von sonst jemanden.

Zu Frage 5: Ohne diese drei Projekte können total cirka 850 Arbeitsplätze nicht realisiert werden; cirka 180 bei Media Markt, cirka 520 bei IKEA und cirka 150 bei Grünen 4. Media Markt ist im Zugzwang, weil dieser bis im September 2006 die Baubewilligung braucht. Den jetzigen Ort muss er bis Ende 2006 verlassen.

Zu Frage 6: Das ist ein Gesetz. Das Verbandsbeschwerderecht ist aus Umweltschutzgründen grundsätzlich nicht negativ. Bei einem derart kompromisslosen und nicht immer konstruktiven Verhalten des VCS gegenüber neuen Projekten wirkt sich dieses Recht aber hinderlich für die Entwicklung der Gemeinde aus. Zur Zeit läuft eine eidgenössische Volksinitiative zum Verbandsbeschwerderecht mit der Forderung „Schluss mit der Verhinderungspolitik - Mehr Wachstum für die Schweiz!“. Jüngst haben auch die eidgenössischen Räte darüber debattiert.

Zu Frage 7: Wir reden von cirka total 850 Arbeitsplätzen, die in Gefahr sein könnten. Wie viel Steuereinnahmen direkt und indirekt in Gefahr sind, kann nicht genau abgeschätzt werden. Bei den juristischen Personen geht der Grossteil der Steuereinnahmen an den Kanton. Eine zurückhaltende Schätzung beläuft sich auf rund CHF 100'000.—.

Zu Frage 8: Eine der wichtigsten Massnahmen, welche dazu beiträgt, dass sich der VCS mit seinen Forderungen allenfalls zurückhaltender verhält, ist unbestritten die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Der öffentliche Verkehr kostet natürlich Geld, wurde aber in den Quartierplänen auch gebührend begrüsst. Er wird gefördert, aber wir sind abhängig von den finanziellen Ressourcen von Bund und Kanton.

Zu Frage 9: Der Genehmigungsantrag des Gemeinderates an den Regierungsrat ist inzwischen erfolgt. Die Verständigungsverhandlungen haben stattgefunden. Dann folgt der Entscheid des Regierungsrates über unerledigte Einsprachen, dann die Beschwerdemöglichkeit beim Kantonsgericht, dann Entscheid des Kantonsgerichtes über allfällige Beschwerden, dann Beschwerdemöglichkeit beim Bundesgericht und zuletzt der Entscheid des Bundesgerichtes.

**Siegfried Siegrist** bedankt sich für die aufschlussreiche Beantwortung und beantragt, in anbetracht der Wichtigkeit für Pratteln, Diskussion.

://: Mit grossem Mehr wird Diskussion beschlossen.

**Rudolf Meury:** Es regt mich und viele Einwohnerinnen in Pratteln massiv auf, dass eine Gruppierung, die nichts mit Pratteln zu tun hat, etwas verhindert. Es kann nicht

sein, dass die gleichen Rechtsanwälte, die wir für Gutachten betreffend Parkplätze beigezogen haben nun im VCS Einsprache gegen unsere Entscheide erheben.

**Christine von Arx:** Zum Punkt 2: Als Angestellte der Justiz halte ich fest, dass nicht immer die Ineffizienz der Justiz das Verfahren verlängert. Vielmehr reiht sich Fristverlängerungen an Fristverlängerungen und zieht das Verfahren in die Länge. Die Antwort ist in dieser Beziehung etwas einseitig ausgefallen. Normalerweise ist es so, dass die unterlegene Partei der obsiegenden Partei den Anwalt bezahlen muss. Bei CHF 50'000.— arbeitet der Anwalt 200 Stunden für das gesamte Verfahren. Das scheint mir relativ lang und es kann hoffentlich nicht sein, dass Pratteln allenfalls das Maximum gemäss der Tarifordnung bezahlt.

**Siegfried Siegrist:** Das Verhalten des VCS ist komisch. Es ist eigenartig, dass versucht wird, hier in Pratteln alles zu blockieren. Bei einem ähnlichen Projekt in Reinach haben sie sich zurückgezogen. Und in Reinach kommt der öffentliche Verkehr nicht früher als in Pratteln.

**Petra Ramseier:** Der VCS kann hier keine Antwort geben, wir können nur Vermutungen anstellen und es ist schwierig hier eine Diskussion darüber zu führen.

**Dieter Stohler:** Als Staatsbürger und Einwohnerrat stelle ich mir folgende Frage: Bei einer solch komplexen Vorlage gibt es auf Gemeinde- und Kantonsebene Vorverfahren. Es gibt Vorprüfungsverfahren in Liestal und dort kennt man das Umweltschutzgesetz. Es kann doch nicht sein, dass man im nach hinein entdeckt, dass ein Paragraph übersehen wurde. Dann würde ich sogar Verständnis für die Einsprache aufbringen. Ich frage den Gemeinderat: ist das eine Verzögerungstaktik und Ausschöpfung der Rechtsmittel um des Rechtsmittels willen? Oder ist irgendeine Rechtsvorschrift verletzt worden? Mein Verdacht geht in Richtung Verzögerungstaktik und ich kann mich der Empörung von Ruedi Meury voll anschliessen.

**Urs Hess:** In der Bau- und Planungskommission wurde das Geschäft sehr gut vorberaten. Im Einwohnerrat ist die Vorlage gut angekommen und mit wenigen Gegenstimmen genehmigt worden. Eine klare Angelegenheit. Für mich ist hier ganz klar eine undemokratische Partei am Werk. Nämlich die Grünen Baselland. Wenn sie verlieren, dann nehmen sie ihr zweites Mittel und das heisst VCS. Mit Demokratie hat das nichts zu tun.

**GR Rolf Wehrli:** Zur Frage von Dieter Stohler: Alle Vorverfahren haben stattgefunden. Jetzt ist der Kanton mit seinen Verhandlungskünsten an der Reihe um mit dem VCS eine Lösung zu finden. Was haben die Verständigungsverhandlungen überhaupt für eine Bedeutung? Beim dritten Quartierplan sind der Anwalt und die Präsidentin des VCS nicht mehr erschienen und es wurde nur noch „der Knecht“ geschickt. Das ist nicht die Art und Weise, wie man miteinander umgehen soll und ich möchte „Knecht“ nicht negativ verstanden wissen. Aber es hat ein bisschen so ausgesehen. Mit den Grünen Pratteln wurden Einigungen erzielt.

**Stefan Löw:** Eine Frage: Wie nahe war der Gemeinderat am Verhandlungsschluss? Stichwort Parkraumbewirtschaftung. Ich habe gehört, dass schon ab der ersten Minute die Parkplätze mit einem namhaften Betrag gebührenpflichtig sind. Ist es für den VCS nicht nachvollziehbar gewesen, dass sich das Problem des Verkehrs in diesem Quartier und auf dieser Verkehrsachse verschärft. Ist das gar eine Absicht? Die Begründung der Parkplatzreduktion ist nicht nachvollziehbar. Die dort zu kaufenden Güter kann man schlicht nicht in einem Shuttlebus mitnehmen.

**Petra Ramseier:** An Urs Hess: Ich möchte mich vehement dagegen wehren, dass die Grünen den VCS für irgendetwas vorgeschoben haben. Grüne und Unabhängige ha-

ben eigene Verhandlungen geführt. An Stefan Löw: Es geht nicht nur um Möbelhäuser. IKEA baut ein Geschäftshaus mit der Option Kino.

**GP Beat Stingelin:** Wir hatten einmal einen Shuttlebus. Nach Einrichtung der Bushaltestelle an der Salinenstrasse hat der Kanton verfügt und uns gezwungen, dass der Shuttlebus-Betrieb eingestellt werden muss. Dies aus Angst wegen der Frequenzen. Wir haben den Betrieb eingestellt und die Auswirkungen sind bekannt. Man hat bei den Einsprachen tatsächlich auch Annäherungen gehabt. Sämtliche Firmen haben einer Wiedereinführung des Shuttlebusses zugestimmt. Dies im 11-Minuten-Takt bis zum Bahnhof. Selbst der Kanton hat gesagt, dass er dann nichts mehr gegen den Shuttlebus einzuwenden hat. Sie sehen an diesem Beispiel, dass man auch vom Kanton nicht so „toll“ beraten wird. Auch beim Hauslieferdienst hat man sich angenähert. Alle drei haben gesagt, dass sie einen Hauslieferdienst einrichten werden. Zur Parkraumbewirtschaftung: Wir haben uns hier auf einen Franken ab der ersten Stunde (ohne Rückzahlung an den Kunden) geeinigt. 50 Prozent geht an die Gemeinde und für die Firmen ist das kein Problem. Dort sind wir gescheitert, weil Zürich 2 – 4 Franken ab der ersten Stunde fordert. Das finden wir unrealistisch. Der grösste Knackpunkt ist die Anzahl Parkplätze. Der Anwalt aus Zürich hat eine Reduktion von mindestens 60 Prozent gefordert! Es kann nicht sein, dass die Autos in das Quartier hineinfahren und wir ein Problem haben. Ein weiteres Problem ist die Autobahnausfahrt, wenn der ganze Verkehr still steht. Wir haben das Angebot gemacht von 5 – 10 Prozent Reduktion. Wenn die Autos parkiert sind, dann stören sie den Verkehr nicht. Die Luftbelastung ist ein anderes Thema. Diese wird aber beim Suchverkehr grösser. Die Situation kenne ich aus persönlicher Erfahrung. Neben den vielen Autos nutzen aber auch viele Leute das Angebot des ÖV an der Salinenstrasse. Die Fusswegverbindung vom Bahnhof zum Grüssen ist sicher nicht ideal. Die Unterführung ist sehr lang und dunkel. Aber nach dem Bau des Kreisels wird man die Strasse oben überqueren. Wir haben nun betreffend Planung Pratteln Mitte den Auftrag gegeben, ein Fussgängerkonzept zu erarbeiten. Der Gemeinderat hat sich Mühe gegeben, eine Einigung zu finden. Jetzt hoffen wir, dass sich der Kanton durchsetzt. Der Kanton muss die Gemeinden bei so grossen Bauvorhaben vorher unterstützen. Wir sind auf den Kanton zugegangen.

**Christine von Arx:** Wenn die Gemeinde an einem beschleunigten Verfahren interessiert ist, dann sollte innerhalb der ersten Frist geantwortet und nicht das Maximum an Fristverlängerungen herausgeholt werden. Jede Fristverlängerung kostet eine Stunde Arbeit beim Anwalt.

**Stefan Löw:** Die Autoindustrie ist bestrebt Autos zu entwickeln, die weniger Emissionen verursachen und weniger Treibstoff verbrauchen. Diese Argumentationen erscheinen nie. Der VCS sollte gescheitert in diese Richtung stossen.

**Fredi Wiesner:** Ich finde es mühsam, wenn man Verhandlungen führt betreffend der Reduktion von Parkplätzen. Wir haben dort Firmen, die bereit sind für viel Geld Parkplätze zu erstellen. Heute –im Gegensatz zu früher- kauft man in mehreren Läden ein und lässt das Auto stehen. Ein Privater wird gezwungen, für viel Geld genügend Parkplätze zu erstellen. Dazu wird er gezwungen, auch wenn er diese nicht braucht und kein Auto fährt. Wen trifft eine Parkplatzbewirtschaftung von 2 – 4 Franken? Im Endeffekt den Steuerzahler. Der VCS soll sich für den Flugzughalt und gegen den Abbau des ÖV einsetzen.

**Benedikt Schmidt:** Die Anzahl Parkplätze kann man nicht nur damit begründen, wie viele man gerne hätte. Es gibt eine Luftreinhaltung, die gewährleistet sein muss. Dort in diesem Gebiet ist die Luft übermässig belastet. Die Summe der Projekte darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung führen. Die Parkplatzbewirtschaftung dient nicht dazu, das Geld an einem Apéro auszugeben. Damit kann der Shuttlebus finanziert werden und die Gemeinde kann den öffentlichen Verkehr verbessern.

---

**Fragestunde****Frage von Chantal Jenny, SVP, betr.  
Kreismusikschule/Schulrat**

**GR E. Schiltknecht:** Der Gemeinderat hat die Fragen 1 – 2 an den Kreismusikschulrat weitergeleitet. Zur Frage 1: Die Gleichstellung der Musikschulen zu den Volksschulen wurde als sehr positiv empfunden. Leider hat der Kanton keine Richtlinien für die Umsetzung erlassen. Zur Frage 2: Es ist sehr von Vorteil, dass der Schulrat Anstellungsbehörde ist, da die Vorentscheidungen vom Schulleiter getroffen werden und dieser Antrag an den Schulrat stellt. Zur Frage 3: Eine Gemeinderätin ist im Schulrat vertreten und die Informationen kann ich persönlich weitergeben. Schriftliche Mitteilungen kann der Schulrat natürlich direkt dem Gemeinderat zustellen. Zur Frage 4: Der Vertrag ist zur Zeit in Bearbeitung und ich gehe davon aus, dass dieser im ersten Quartal 2006 dem Einwohnerrat unterbreitet wird.

**Chantal Jenny** verzichtet auf eine Zusatzfrage und wird zu einem späteren Zeitpunkt darauf zurückkommen.

---

**Varia**

**Rudolf Meury** bittet das Büro, in Zukunft auf eine Sitzung zu verzichten, wenn so wenige Geschäfte traktandandiert sind.

---

Die Sitzung wurde um 20.20 Uhr beendet.

Pratteln, 31. Oktober 2005

Für die Richtigkeit:

**EINWOHNERRAT PRATTELN**

Der Präsident      Der Sekretär

Werner Graber      Bruno Helfenberger